

Teil-Baustopp verlängert sich um einige Monate

Landesregierung korrigiert ihr Zeitfenster für das Errichten neuer Windanlagen – CDU spricht von „Planungschaos“

VON ULF B. CHRISTEN

KIEL. Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) muss seine Planungen zum Ausbau der Windenergie um einige Monate nach hinten korrigieren. Das bestätigte ein Regierungssprecher. Demnach wird Albig den Landtag bitten, den bis Juni 2017 befristeten Teil-Baustopp für neue Windkraftanlagen zu verlängern, weil die neuen Regionalpläne absehbar erst 2018 und damit später als erwartet fertig werden.

„In der Staatskanzlei des Ministerpräsidenten herrscht ein Planungschaos“, klagt CDU-Spitzenkandidat Ingbert Liebing. Er fordert von Albig, den Ausbau der Windenergie

den Vorrang haben sollen. In der Prüfung waren ursprünglich sieben Prozent der Landesfläche. Mit dem Kabinettsbeschluss ist es allerdings nicht getan. Die Pläne sollen Ende des Jahres ins Internet gestellt und Anfang 2017 offiziell ausgelegt werden. Dann haben Bürger, Kommunen und Windfirmen vier Monate Zeit, ihre Kritik an der Berücksichtigung oder aber Nicht-Berücksichtigung ihrer Region zu Papier zu bringen. „Die Landesplanung rechnet mit mehreren tausend Stellungnahmen“, sagt ein Sprecher.

Allein die Auswertung der

dass die Änderung so gravierend sein werden, dass eine zweite Erörterungsrunde fällig wird. Im Klartext: Bürger und Kommunen dürfen ihre Kritik an den korrigierten Plänen vorbringen. Die Einwände

müssen wiederum geprüft und gegebenenfalls eingearbeitet werden. Die Landesplanung wolle durch eine sorgfältige Berücksichtigung der Stellungnahmen möglichst erreichen, dass auf eine dritte Erörterungsrunde verzichtet werden könne, betont ein Sprecher. So oder so ist absehbar, dass die Regionalpläne nicht vor 2018 in Kraft treten können.

„Wir gucken uns jedes Flächenstück an und das dauert natürlich.“

Torsten Albig,
Ministerpräsident (SPD)

„Es war abzusehen, dass Herr Albig seinen Zeitplan nicht halten kann.“

Ingbert Liebing,
CDU-Spitzenkandidat

zusammen mit der CDU zu planen und so einen drohenden Wildwuchs in Schleswig-Holstein zu verhindern. „Es war abzusehen, dass Herr Albig seinen Zeitplan nicht halten kann.“ Der Regierungschef selbst hatte schon vor Wochen durchblicken lassen, dass die Wind-Planungen sich verzögern könnten. „Wir gucken uns jedes Flächenstück an und das dauert natürlich.“ Eine sorgfältige Planung sei das einzig wirksame Instrument, um einen Wildwuchs dauerhaft zu verhindern, ergänzte ein Regierungssprecher.

Nach dem neuen Zeitplan will das Kabinett Anfang Dezember entscheiden, auf welchen rund zwei Prozent der Landesfläche Windmühlen

Stellungnahmen dürfte Monate dauern. Damit ist klar, dass das letzte Wort in Sachen Wind nicht mehr vor der Landtagswahl im Mai gesprochen wird und auch der Teil-Baustopp wackelt. Diese Veränderungssperre, die den Bau neuer Anlagen nur mit Ausnahme genehmigung zulässt, läuft nach zwei Jahren im Juni aus. „Über eine Verlängerung der Veränderungssperre und deren letztendliche Dauer entscheidet der Landtag“, heißt es in der Staatskanzlei. Aber: Die Regierung würde eine Verlängerung begrüßen.

Die überarbeiteten Regionalpläne dürften frühestens im Sommer, vielleicht auch erst im Herbst 2017 vorliegen. Die Staatskanzlei geht davon aus,

Für zusätzlichen Zündstoff sorgt die Landtagswahl, weil sich im Fall eines Regierungswechsels die Windpolitik ändern könnte. Liebing setzt auf einen langsameren Ausbau, möchte die Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnhäusern vergrößern und anders als Albig möglich viele windstarke Standorte an der Westküste als Eignungsgebiete ausweisen. Ohne Schulterschluss vor der Wahl besteht damit das Risiko, dass nach der Wahl die gesamte Regionalplanung von vorn beginnen muss – und am Ende sogar ein Wildwuchs droht, weil der Landtag die Veränderungssperre nicht beliebig verlängern kann.